

Friedensziele — Menschenziele.

Brins War von Baden über den Frieden.

In einer Unterredung mit dem Vertreter von „B. T. B.“ erklärte Brins War von Baden, der Frieden mit der Ukraine sei von nicht zu unterschätzender Bedeutung, besonders gegenüber der Idee der Rationalisten, Zerschlagung der Nationen. Das Ziel der Rationalisten ist nicht mehr und nicht weniger, als ganz Europa das Schicksal Finnlands zu bereiten. Brins War weist weiter auf die historische Aufgabe Deutschlands hin, ein Bollwerk gegen die gefährdenden Kräfte zu sein, die von Osten her drohen. Auch jetzt wieder drohe, nachdem das militärische Notland niedergeworfen ist, eine Gefahr von Osten, weil das heutige französische Frankreich den Übergang hat, in allen gebunden oder gebundenen europäischen Staaten seine Anwesenheit hineinzutragen. Es sei an der Zeit, sich über die Abwehrmaßnahmen klar zu werden, die angesichts dieser Gefahr notwendig sind. Kommen wir dazu die Geschlossenheit der inneren Front. Brins War glaubt die Verbitterung mander Kreise auf der langen Dauer des Krieges erklärlich, hält sie für eine Gefahr, aber mahnt doch: Wir müssen aufhören, bei unseren inneren Auseinandersetzungen beim politischen Gegner immer noch unstrittigen Nationen zu stehen; solche Anklagen dürfen nicht laut werden, sei es auch nur als Waffe im Redekampf. Das ist eine Verdächtigungs- und Brand- und der Meinung, die dort herrscht.

Brins War kam dann auf die Verhandlungsfragen des Gegners zu sprechen und führte aus: Die Frage vor dem Verhandlungsstisch liefert den untrüglichen Maßstab für die Friedensziele, die die feindlichen Regierungen anstreben. Wer Vertrauen hat, daß seine eigenen Ansprüche vor keinem Volke bestehen können, der kann das Risiko der Verhandlungen auf sich nehmen, denn er kann nach dem Scheitern von neuem vor sein Volk antreten und es aufrufen, von mit Wollensmacht für die Ziele zu kämpfen, die sich durch die Schuld des Gegners auf dem Wege der Verhandlungen nicht durchsetzen ließen. Nur wer fürchtet um, daß die Verhandlungen die Unauferlichkeit der eigenen und die Souveränität der feindlichen Forderungen bloßlegen, der muß eine Konferenz scheuen, wie der Schuldige die Gerichtsverhandlung.

Zum Schluß meinte der Brins, es dürfe kein neuer Hungerkrieg mehr geführt werden, ein allseitiges Verbot zum Handelsverbot sei notwendig. Die Welt dürfe nicht in Sozialistengruppen zerfallen werden, die sich mit Rühmungen überbieten. Auch die farbigen Völker dürfen nicht nur als Mittel zum Zweck angesehen werden. Diese Ziele sind Menschenziele, sie werden sich unaufhaltsam in allen Ländern durchsetzen; wer zu ihnen steht, wird Sieger sein, wer sie verleugnet, wird unterliegen.

Jubiläumstagung der Landwirte.

Mehrere Botschaften.

Berlin, 18. Februar.

Die heutige Generalversammlung des Bundes der Landwirte steht unter einem ganz besonders erfreulichen Zeichen! Die unauflösliche wirtschaftspolitische Organisation der deutschen Landwirte feiert heute das Jubiläum ihres 25-jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß war denn auch der Anhang zu dem Versammlungsheft des Bundes, der „Volkswirtschaft“, besonders stark und länger vor dem Beginn der Verhandlungen durch Saal und Tribune gedrängt, und es lag in dem Vorraum und weit auf der Straße hinst, um die Menge derer, die neugierig zum Saal begehrt hatten.

Der Bundesvorsitzende Dr. Korfke

eröffnete die Jubiläumssammlung mit einem ernsten Gedanken daran, die der Bund im letzten Jahre aus den Reihen des Bundes gerissen und denen es nicht vergönnt war, das 25-jährige Bestehen des Bundes der Landwirte zu erleben. Darauf hielt der Bundesvorsitzende einen Überblick auf die Geschichte des Bundes: Der Bund ist vor 25 Jahren im Kampf geboren, und heute steht er wieder im Kampf gegen eine Welt von Feinden, um das mit ihnen zu helfen, was im 25 Jahren erreicht ist. Oben das, was der Bund während seines Bestehens erreicht hat, wäre dieser Wirtschaftskrieg für uns längst verloren. Wenn wir unsere beiden Bereiche handhaben haben, so hat der Bund der Landwirte hierin sein gutes Teil dazu beigetragen. Der Redner weist dies mit einer Reihe von Zahlen, die zeigen, wie das deutsche Wirtschaftsleben durch die Anforderungen und Ziele des Bundes gefördert worden ist. Allerdings hat der Bund bei der Regierung nicht durchsetzen vermocht, daß wir Botschaften schaffen und auch eine wirtschaftliche Vorbereitung neben die militärische legen können, wenn Deutschland einmal zum Kriege gezwungen sein würde. Um dies Ziel in Zukunft durchzusetzen, muß die Landwirtschaft Bundesgenossen finden. Diesen Forderungen hat sie in der Industrie gefunden, die, ebenso wie die Landwirtschaft das größte Interesse an der Erhaltung eines kräftigen Inlandmarktes hat. Die Gegner dieses Grundgedankes, die das deutsche Wirtschaftsleben vom Auslande abhängig machen wollen, suchen nun einen Reiz in die Landwirtschaft zu treiben, um Grundbesitz gegen Grundbesitz zu verheizen. Das sind dieselben Kräfte, die jetzt einen Schmachfrieden dem deutschen Volke aufzwingen wollen, die zu verhindern suchen, daß wir das Existenzland vor unsern Toren, Aurland und Ostland, nicht erhalten. Solange die „Friedens“-Resolution und ihre Weisheit in Deutschland herrschen, werden unsere Feinde nicht zum Frieden bereit sein.

Der Redner schloß mit einem von der Versammlung einstimmig angenommenen Hoch auf den Kaiser. Der Vorsitzende verlas darauf die Telegramme, welche der Bund an den Kaiser und den Generalfeldmarschall v. Hindenburg geschickt hat, von denen die Anwesenden in jubelnder Zustimmung Beifall nahmen.

Der Bundessekretär teilte dann mit, daß aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens ein Jubiläumsfest gefeiert werden sei, der halb die feierlichste Nacht erreicht habe.

Freiherr v. Wangenheim.

Der als zweiter Bundesvorsitzender nun das Wort nahm, ging im einzelnen auf die Forderungen des Bundes in dem letzten Vierteljahrhundert ein. In der Folge bestanden die Ziele, den Schutz des deutschen Arbeit zu sichern, damit alle Kreise der Bevölkerung ihr Leben und Brot haben. Die Anhebung unseres Wirtschaftslebens durch die zahllosen Kriegsgesellschaften brauchte nicht zu kommen, wenn wir eine wirtschaftliche Basis hatten und die Regierung überhaupt einen wirtschaftlichen Plan gehabt hätte. Beides hat bisher gefehlt, und die Folgen dieses Fehlens sind auf der einen Seite ein immer weiter um sich greifender Zwang und Schicksalsspiel. Man hat wohl ungähliche Organisationen zur Verteilung der Lebensmittel geschaffen, aber nicht eine einheitliche für die Verteilung der Nahrungsmittel bei den Landwirten. Diese Organisation wollen jetzt die Landwirte durch ihre schon bestehenden Verbände der Regierung zur Verfügung stellen.

Die neuen Handelsverträge hätten keine Gefährdung des Schutzes der nationalen Arbeit bringen. Auch wirtschaftliche Verträge mit unsern jetzigen Freunden hätten nicht zu unserm Nachteil geschlossen werden. Der aus dem Ausland angebotene Wirtschaftskrieg muß durch einen friedlichen Friedensschluß verhindert werden. Die Landwirtschaft braucht Existenzland, die Industrie erweiterte Grundbesitz ihres Lebens und der Handel freie Betätigung in allen Weltteilen. Die Forderung „freier Zonen und Entschärfungen“ kann nur von einem Erbauer oder einem Menschen erhoben werden, denen das Wohlergehen der Feinde mehr gilt als das Deutsche Reich.

Nach dieser Rede überbrachte der Vorkammer des Reichstages der deutschen Industrie, Herr Landrat v. D. Rötger die Grüße und Glückwünsche der Industrie zum 25-jährigen Bestehen des Bundes, der auch die Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens von Landwirtschaft und Industrie hervorhob. Nach diesen kurzen Begrüßungsworten sprach ein anderer Mann der Industrie zu den Landwirten, der

Reichstagsabgeordnete Dr. Wilsgrube-Treben.

Sein Thema war „Demokratisierung und Parlamentarismus“.

Der Redner hob ab von langen historischen Ausführungen und nannte logisch das Ziel der Demokratisierung und Parlamentarisierung, das in der Überwindung der Monarchie besteht.

Man mag fragen: hat sich in diesem Kreise das Bewußt, was die Demokratie erstrebt, oder das, was die Monarchie geleistet hat? Das Volk wird zu größerer Zeit sehr deutliche Antwort darauf geben. Die deutsche Demokratie ist von jeder formalpolitischen Form und immer bestrbt, das deutsche Volk nach dem Wohlstand des Auslandes zu gestalten. Der Demokrat ist einig, daran, unsere nationalen Eigenheiten abzuheben, damit wir dem Auslande gefallen. Noch aber haben wir keine Monarchie, der wir unsern Bestand in diesem Sinne opfern. Darum müssen wir für ihre Erhaltung kämpfen, nicht um der Monarchie willen, sondern um unserer selbst willen. Darf, was da heißt, damit niemand die die Krone nehmen. Ständischer Beifall dankte dem Redner.

Die Versammlung nimmt darauf einstimmig eine Resolution an, in welcher gefordert wird:

Die Möglichkeit für die Landwirte, ihre Opfer und Taten großartig erhöhen zu können. Wollensmacht für die Erhaltung der Landwirtschaft, Beibehaltung der für die Verteilung notwendigen Verbände, Sicherung der wirtschaftlichen Daseinsmittel, Anweisung von Anwesenheiten zur Lösung der Erzeugung.

Darauf erhielt der Reichstagsabgeordnete Wellinbaed das Wort, der hervorhob, daß der Bund der Landwirte auch jederzeit den besonderen Verhältnissen Süddeutschlands Rechnung getragen habe. Redner führt dann ein, daß die deutsche Landwirtschaft von den Handelsverträgen mit dem Auslande fordern müsse. Ein solcher Vertrag ist notwendiger wie je. Im Hinblick an diesen Vortrag wird eine weitere Resolution angenommen, welche die Forderungen der Landwirte auf handelspolitischem Gebiet enthält. Zum Schluß erhält

Kammerherr Major v. Eldenburg-Jansdahn

das Wort, der bei seinem Erscheinen am Rednerpult lebhaft begrüßt wird. Redner, der drei Jahre im Felde war, führt aus, daß es ein niederdrückendes Gefühl für einen Soldaten sei, der aus dem Gefahren des Kampfes in das Paradiesland der Heimat zurückkehrt, die vergessen zu haben scheint, daß noch der Krieg tobt. Wenn gerade jetzt von internationaler Verbrüderung gesprochen wird, so muß das geradezu anstoßen. Aber diese Uneinigkeit ist auch eine Gefahr des Herrn v. Bethmann Hollweg. Der Kaiser, der im Innern wieder alles in Ordnung bringt, auf den wird geschossen werden, und wenn nicht auf ihn geschossen wird, dann laßt er nicht: es wird mit darauf aufkommen, daß er selbst auch sterbt. Der Kaiser und der Reichstag haben ver-

1917. Vorerst tut sich darauf etwas an, dass er die Kriegskredite bewilligt. Aber wenn die Russen und Franzosen nach Berlin gekommen wären, hätten sie im Entschlossen auch nicht vor den Herren Reichstagsabgeordneten Halt gemacht. Die Unzufriedenheit ist im Innern auch durch die verheerende Ernährungsmisere grobherausgebrochen worden. Die zahlreichen Friedensangebote schaden und nur im Ausland. Diese Handlungen der Regierung werden im Volk nicht begriffen, ebenso das ewige Nachgeben den Polen gegenüber. Es wird heute Glubenburg und Ludendorff verdächtigt, daß sie sich mit politischen Dingen beschäftigen. Wenn wir einen Diktator zum Kanzler hätten, brauchen sie das auch nicht; so aber ist das Unzumutende. Brauchen auch es als Demütigung empfunden, wenn ihm Minister aus Bayern geholt werden, die ihm eine Bestellung offerieren wollen, die es nicht haben will. Kann zu dem schönen Wort vom Verzicht auf Entschädigung: Das letzte Bild in Rom müßte verweigert und der letzte Frank aus Paris müßte herausgepreßt werden, ehe der Deutsche auch nur eine Mark zu behalten braucht. Eine jährliche 10-Milliardenlast würde zur Auflösung des Deutschen Reiches führen. Die deutschen Herren schlagen nicht in der Wilhelmstraße oder im Reichstage, sondern im Großen Hauptquartier. F. B.

Der Bürgerkrieg in Südrussland.

Pläne der Maximalisten.

Die Pläne der Maximalisten bei ihrem Vorgehen gegen die Ukraine sind offenbar folgende: 1. die Ukraine und das Dongebiet zu trennen durch Besetzung der Eisenbahnstationen von Belgorod, Charkow, Poltawa und



Das Gebiet der Donarmee.

Alexandrowitz; 2. die Ukraine zu isolieren durch Aufstellung einer Festung auf der Linie Jekaterinoslaw-Poltawa-Mariupol; 3. den Russen einen Schlag zu versetzen und das Dongebiet zu befreien; 4. gegen die Ukraine einen

Schlag von Süden und Norden zu führen und Kiew zu befreien. Zur Verwirklichung dieser Pläne haben die Maximalisten die unzufriedenen Arbeiterbewegungen getroffen. Demgegenüber haben alle Kräfte der Ukraine auf den Schutz der Eisenbahnstationen gerichtet. Sie haben die Anstaltskommissionen, Arbeiter und Bauernschaften befreit. Im Südosten stießen die Anstaltskommissionen Komadow, Poltawa und Kiewer Arbeiter den Raum der aktiven Operationen der bolschewistischen Truppen. Mit Besetzung der Anstaltskommissionen Alexandrowitz, Jekaterinoslaw, Poltawa wendet sich die Lage der Ukraine zum Schlechten. Sie wird vom Don getrennt und Kiew vom Süden her bedroht. Von den Truppen der Südarmee und der russischen Front droht der Ukraine außerdem keine Gefahr.

Das Dongebiet ist direkt nicht zu treffen. Eine Verdrängung von Broneß und Jarkow der ist nicht ernst zu nehmen. Die dortigen Garnisonen sind in Auflösung. Die Nationalisten sind neutral oder den Bolschewisten feindlich. Zeichen des Zusammenbruchs droht bisher keine Gefahr. Am allgemeinen gilt, daß die strategische Lage und die Widerstandsfähigkeit bei den Bolschewisten gegenwärtig befriedigend sind.

Nach und Fern.

o Wie ein Hundert! In diesen Tagen beginnt die Arbeit der Festlegungsausschüsse, deren Aufgabe es ist, die Verteidigungspläne bei den Randwörtern zu ermitteln und genau festzulegen. Das Ergebnis dieser Festlegungen ist bestimmend dafür, wie sich unsere Frontverläufe in den letzten Monaten des laufenden Jahres gestalten wird. Nach den Berechnungen, die vorläufig gemacht sind, können wir die Verläufe in der bisherigen Weise durchführen. Zu den Randwörtern wird es jetzt sein, zu beweisen, daß sie gewiß sind, ihre Wirkung dem Hinterland gegenüber im vollen Maße zu tun. Bisher hat sich der Randwörter, der früher gewohnt war, als freier Mann auf seinem Grund und Boden zu wirtschaften, noch gar nicht klar machen, was es bedeutet, wenn bei ihm nur eine verhältnismäßig geringe Menge Brotgetreide dem allgemeinen Verkehr entzogen wird. Besser als alle gelehrten Auseinandersetzungen, die der einfache Sinn des Randwörters nicht begreift, wirken Beispiele. Ein solches Beispiel ist folgendes: Wir haben in Deutschland 14 Millionen Selbstverlänger. Wenn nur für jeden Selbstverlänger im ganzen Jahre ein Zentner Brotgetreide über das zulässige Maß hinaus verbraucht oder sonst der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen wird, so macht das im Jahre 700 000 Tonnen aus; eine Menge, die genügt, um unser Volk, einschließlich des Meeres, für zwei volle Monate zu versorgen. — Stadt und Land sind aufeinander angewiesen. Aus dieser Erkenntnis wird auch die Kraft erwachsen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

o Um die Ablieferung von Getreide und Stroh für das Heer zu beschleunigen, sind von dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes besondere Vergütungen festgesetzt worden: für jede Tonne Getreide, die über das aufgestellte

Bestandmaß hinaus freimittelt bis einschließlich 31. März 1918 abgeliefert wird, kann neben dem festgesetzten Höchstbetrage eine besondere Vergütung von 120 Mark, für die Verbleibung an Getreide in den Monaten April und Mai 1918 eine besondere Vergütung von 80 Mark gewährt werden; bei Stroh beträgt die besondere Vergütung 40 Mark für jede Tonne Stroh, die über die Hälfte des Bestandsmaßes hinaus bis längstens 30. April 1918 abgeliefert wird.

o Nur Prellkugelngegründete sind begünstigt! Sowohl in Fabriken wie auch in Verkauf- und Verbraucherkreisen begegnet man nach heute oft der irrigen Ansicht, daß Web-, Wirk- und Strickwaren, die aus beschlagnahmtem Material hergestellt sind, der Begünstigungspflicht nicht unterliegen. Die Reichsbefehlshaberstelle nimmt deshalb nochmals Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das zur Herstellung von Web-, Wirk- und Strickwaren verwendete Material auf die Begünstigungspflicht ohne Einfluss ist, und daß künstliche Web-, Wirk- und Strickwaren, soweit sie nicht durch die mit der Befehlsmachung der Reichsbefehlshaberstelle vom 13. Oktober 1917 veröffentlichte Freiliste von der Begünstigungspflicht befreit sind, nur gegen Begünstigung an die Verbraucher abgegeben werden dürfen. Die mangelnde Unkenntnis der beteiligten Kreise von vorstehender Regelung kann die Reichsbefehlshaberstelle in Zukunft nicht mehr als Entschuldigung gelten lassen.

o Unversämter Schwundel. Mit einem neuen Schwundeltrick wurde dieser Tage auf der Köln-Münchener Straße in einem Wagenabteil 4. Klasse gearbeitet. Zwei mit einem großen Schleißloch ausgestattete Selbstverlänger bewachten die Tür und Befestigung der Waggons nach Dampfwaare und beschlagnahmten manchen ledernen Dapper. Eine der angeforderten Frauen, der die Geschichte verblüffend erschien, verlangte die Vorzeigung eines Ausweises. Als die „Reisenden“ frech wurden und mit Gewalt drohten, zog sie ihre entschlossene Rolle. Jetzt wurde der Schwundel aufgedeckt und die beiden Gauner konnten verhaftet werden.

o Techniker als Bürgermeister. Der Gedanke, Techniker mit der Leitung von Gemeindevorständen zu betrauen, gewinnt immer mehr Boden. Vor einiger Zeit wählte die Stadt Adenau die Stadtverordnetenversammlung die größte Landgemeinde Oberhessens, die zweitgrößte Braunkohle, Hindenburg (früher Badze), gefolgt und bei ihren bisherigen Gemeindevorständen, Regimentsbaumeister Schwan, zum Gemeindevorstand gewählt.

o Ein Silberbühnenband. Der Deutsche Kulturbund für Lichtspieltheater hat die deutschen Städte und größeren Landgemeinden zu einer Tagung nach Stuttgart für den 21. bis 23. Februar behufs Gründung eines „Silberbühnenbundes“ eingeladen, der das Lichtspielwesen im Rahmen gemeinsamer Kulturspiele organisatorisch und technisch fördern, bereichern und vereinen soll. Gutes Vorführungs-material für die Silberbühnen soll nach Reformvorwand-

lungen gesammelt und vertrieben werden. Weiter wird ein „Schulbühnenbund“ gegründet, der den Schülern zur Verfügung steht. 37 Städte haben ihren Beitritt verbindlich angefragt, 22 weitere Städte grundsätzlich ihr Einverständnis und ihren Beitritt angefragt, und mit weiteren wird noch verhandelt.

o Zwei Bahndiebe von Gefängnis entlassen. In dem Dorf Groß-Born im Kreis Ostpreußen haben zwei Diebe bei einem Tagelöhner mehrere Hühner und mößten dann mit ihrer Beute nach Berlin fahren. Zwei Bahndiebe, die inzwischen von den Diebstählen in Remscheid gefasst worden waren, verurteilten die beiden Diebe auf dem Bahnhof festzuhalten. Die letzten sich aber zur Flucht, und der eine von ihnen zog einen Revolver und schoß beide Bahndiebe nieder. Die Diebe ergriffen dann die Flucht, wurden aber von einem Gendarmenwachmeister angehalten und in Haft genommen.

o Der Gregorianische Kalender in Russland. Ein Erlass der Volkskommission führt für das Gebiet der russischen Republik den Gregorianischen Kalender ein. Die neue Zeitrechnung beginnt mit dem 1. Februar a. St., der als 14. Februar gekündigt wird.

o Das Grab Teikens geschändet. Nach der Verwundung des Teikens geschändet und jetzt durch seine Witwe verwalteten Gutes Teikens hat eine verbrecherische Bande das Grabmal Teikens vernichtet und den Sarg geöffnet in der Hoffnung, darin wertvolle Juwelen zu finden. Der Sarg wurde herausgeholt und nach der Durchsuchung vor dem Grabe liegen gelassen.

o Beschlagnahmtes Schmugglerlager. Wie aus Bern gemeldet wird, hat die italienische Grenzpolizei am Bahnhof Virena ein reiches Warenlager entdeckt, das von italienischen Schmugglern und einem Schweizer Kaufmann zur gelegentlichen heimlichen Einfuhr nach der Schweiz angelegt worden war. U. a. fand man 840 Zentner Seide und Schinken, 600 Zentner italienischen Reis und 10 Tonnen Wein. Die Vorräte stellen einen Wert von rund 500 000 Franc dar. Das Lager wurde beschlagnahmt und die Händler verhaftet.

o Eisenbahnunglück bei Barcelona. Ein Schnellzug ist bei Barcelona mit einem Güterzuge zusammengefahren. Es wurden zwölf Tote und zahlreiche Verletzte aus den Trümmern geborgen.

o Verurteilung eines Unterhausmitgliedes wegen Gaunerens. Wie die „Times“ berichtet, wurde William John Mac Cam, Parlamentsmitglied für West-Down, vom Bezirksgericht zu Godstone wegen Gaunerens zu 400 Pfund Geldstrafe verurteilt. In seinem „Habemus“ benannten Danks wurden ganz bedeutende Mengen Lebensmittel gefunden. Der Richter erklärte, man würde sich Mühe geben, weder durch Rang noch Reichthum beeinflussen lassen und alle Verhöre gegen die Verordnungen der Regierung mit der ganzen Strenge des Gesetzes verfolgen. Ein schämevoller Fall ließe sich kaum denken, als daß ein Volkstretter die Nahrungsmittel der Nation in eigenmächtiger Weise kassiere.